

**Neuere Entwicklungen
der Industriellen
Beziehungen in der
Schweiz**

Workshop am **14. Februar 2019**
Seminar für Soziologie
Hörsaal 215
Petersgraben 27
4051 Basel

Organisiert von



**Universität
Basel**

**UNI
FR**

UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG

In Kooperation mit



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Während in den meisten OECD-Staaten kooperative Industrielle Beziehungen unter Druck geraten sind, wird der Schweiz trotz hoher Internationalisierung der Wirtschaft weiterhin grosse Stabilität des korporatistischen Systems attestiert. Teilweise wird sogar von einer Renaissance der Gesamtarbeitsverträge gesprochen. Gleichwohl haben sich auch die Industriellen Beziehungen in der Schweiz verändert:

Sowohl die kollektiven Organisationsstrukturen als auch die Institutionen des Schweizer Arbeitsmarktes und der Industriellen Beziehungen unterliegen stetigen Veränderungen, die zum Teil auch auf eine weitere internationalisierte Ökonomie zurückzuführen sind. Die Berufs- und Unternehmensstrukturen stehen durch die Digitalisierung unter großem Anpassungsdruck.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist schwächer geworden, dagegen scheint die Mobilisierungsfähigkeit (Arbeitskämpfe und Aktionen gegenüber der Politik) zumindest in einigen Bereichen sogar stärker geworden zu sein. Die staatlichen Regulierungen wurden zum Teil dichter.

Der **Workshop** schließt an das «I. Schweizer Gewerkschaftsforum» an der Universität Fribourg aus dem Jahr 2012 an und will die **neueren Entwicklungen der Industriellen Beziehungen in der Schweiz** diskutieren.

Begrenzte Teilnehmer_innenzahl.
Anmeldungen bis zum **7. Februar** per E-Mail an
farah.gruetter@unibas.ch



9.00-9.15 Uhr Begrüßung durch Oliver Nachtwey, Andreas Rieger und Sebastian Schief

9.15-10.45 Uhr Panel I

Branchen und Institutionen

(Moderation Sebastian Schief)

Tina Büchler, Michèle Amacker und Gwendolin Mäder (IZFG der Universität Bern)
Arbeitsplatz Detailhandel im Umbruch

Patrick Ziltener (Universität Zürich) und Heinz Gabathuler
Die Bedeutung Europäischer Betriebsräte für Schweizer Unternehmen und die ArbeitnehmerInnen in der Schweiz

Heinz Gabathuler und Patrick Ziltener (Universität Zürich)
Betriebliche Arbeitnehmervertretungen in der Schweiz – eine „Grenzinstitution“ zwischen Gesetz, Sozialpartnerschaft und Unternehmenskultur

11.00-12.30 Uhr Panel II

Organisierung

(Moderation Jacqueline Kalbermatter)

Nadja Mosimann (Universität Zürich, Universität Genf), Line Rennwald (Universität Genf) und Adrian Zimmermann
The radical right, the labour movement, and the competition for the workers' vote

Sarah Schilliger (Universität Basel)
Organisierung der 'Unorganisierbaren'? Vergleichender Blick auf gewerkschaftliche Mobilisierungsprozesse im Landwirtschafts- und Hauswirtschaftssektor in der Schweiz

Christopher Kelley (Unia)
Building Power. How Organized Labor is Shaping Industrial Relations in the Changing Swiss Construction Industry

12.30-13.45 Uhr Mittagessen

13.45-15.15 Uhr Panel III

Neue Arbeitskämpfe

(Moderation Oliver Nachtwey)

Andreas Rieger (Unia)

Renaissance der Arbeitskämpfe in der Schweiz - Erfolge und Probleme

Heiner Dribbusch (WSI Düsseldorf)

Sozialer Friede und Militanz. Aspekte des Arbeitskampfs in Deutschland und der Schweiz

Heiner Heiland (TU Darmstadt) und Simon Schaupp (Universität Basel)

Digitale Entsolidarisierung oder neue Arbeitskämpfe? Eine Ethnographie widerständiger Solidaritätskulturen in der plattformvermittelten Kurierarbeit

15.30-17.20 Uhr Panel IV

Arbeit und Migration

(Moderation Matthias Schulz)

Jacqueline Kalbermatter (Universität Basel) und Sebastian Schief (Universität Fribourg)

Arbeitsbedingungen von Arbeiter_innen aus dem Asylbereich im Spiegel migrationspolitischer, sozialpolitischer und arbeitsmarktpolitischer Regulierungen

Beat Baumann (Unia)

Personenfreizügigkeit und Arbeitsmarktregulierung

Alessandro Pelizzari (Unia)

„Löhne statt Grenzen schützen“: Zur gewerkschaftlichen Debatte um das neue Migrationsregime

Ulrich Brinkmann (TU Darmstadt)

Solidarität und Skepsis. Flucht und Migration im Spannungsfeld arbeitsweltlicher Umbrüche und politischer Entwurzelung

17.20-18.00 Uhr Apéro

Abstracts und Beitragende

Panel I

Tina Büchler, Michèle Amacker und Gwendolin Mäder
Arbeitsplatz Detailhandel im Umbruch

Der Detailhandel bewegt die Öffentlichkeit. Fast täglich berichten die Medien über die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, über das 'Lädelisterben', über die Fortschritte in der Paketzustellung per Drohne, über In-Store-Konzepte der Post und vor allem über den Druck, unter den die grösste Dienstleistungsbranche der Schweiz durch Onlinehandel und Einkaufstourismus geraten ist. Der Detailhandel bewegt, denn er ist ein nicht wegzudenkender Teil unseres Alltags.

Jedoch existiert kaum systematisches sozialwissenschaftliches Wissen über den Arbeitsplatz Detailhandel in der Schweiz. Mit dieser Forschungslücke befasste sich das IZFG im Rahmen zweier Studien, welche in diesem Beitrag vorgestellt werden. In einer ersten Untersuchung wurden anhand von Interviews mit Detailhandelsangestellten die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Arbeitsplätze im Detailhandel beleuchtet. Die zweite Studie analysierte spezifisch die Auswirkungen von Self-Checkout und Self-Scanning auf die Arbeitsbedingungen, die Gesundheit und das berufliche Selbstverständnis des Verkaufspersonals im Foodbereich. Die empirischen Befunde zeigen, dass der Druck auf die Angestellten im Detailhandel in den letzten Jahren massiv angestiegen ist. Der laufenden Rationalisierung des Personals stehen steigende Erwartungen an die Angestellten hinsichtlich des Umfangs der zu erledigenden Arbeit, des Kund_innenkontakts und der flexiblen Verfügbarkeit sowie eine grundsätzliche Zunahme von flexibilisierten Arbeitszeiten und atypischen Anstellungsverhältnissen (Stundenlohn, Teilzeitarbeit in Bandbreiten, befristete Anstellung, etc.) gegenüber.

Prof. Dr. Michèle Amacker ist Assistenzprofessorin für Geschlechterforschung und Co-Leiterin des interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung IZFG an der Uni Bern. Dr. Tina Büchler und Gwendolin Mäder, M.A. arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am IZFG. Gemeinsam untersuchen sie aktuelle Veränderungen im Detailhandel, etwa die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Arbeitsplätze oder die Auswirkungen von Self-Checkout und Self-Scanning auf die Arbeitsbedingungen, die Gesundheit und das berufliche Selbstverständnis des Verkaufspersonals.

Die Bedeutung Europäischer Betriebsräte für Schweizer Unternehmen und die ArbeitnehmerInnen in der Schweiz

Gemäss einer Richtlinie der Europäischen Union müssen transnationale Konzerne (TNC) mit mehr als 1'000 Beschäftigten in der EU und je mindestens 150 in mindestens zwei Mitgliedstaaten seit Mitte der 1990er Jahre einen Europäischen Betriebsrat (EBR) einrichten. Auch wenn die Schweiz nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehört, sind TNC mit Hauptsitz in der Schweiz von der Richtlinie betroffen und verfügen auch über EBR. Darüber hinaus sind in vielen EBR auch die ArbeitnehmerInnen in Schweizer Standorten in EBR sowohl von Schweizer als auch von anderen TNC auf freiwilliger Basis vertreten. Wir präsentieren die Resultate unserer 2013 / 2014 vorgenommenen quantitativen Analyse über EBR in Schweizer TNC und über Schweizer Vertretungen in EBR sowie von insgesamt 13 qualitativ ausgerichteten Fallstudien von Schweizer Vertretungen in EBR. Wir zeigen, dass das Ausmass der freiwilligen Schweizer Vertretung in EBR zwar höher ist als bisher angenommen, dass deren Bedeutung für die ArbeitnehmerInnen in der Schweiz aber eher begrenzt ist. Nur in Ausnahmefällen half sie mit, Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Patrick Ziltener, Prof. Dr. phil., geb. 1967, ist seit 2008 Privatdozent für Soziologie. 1994 bis 2000 war er Assistent am SUZ-Lehrstuhl von Prof. Bornschie, 2000 bis 2002 am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPfG) in Köln und 2003 bis 2005 mit einem Forschungsstipendium des Schweizerischen Nationalfonds in Ost- und Südostasien. Von 2006 bis 2009 war er wiss. Mitarbeiter im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Lehr- und Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Wirtschafts-, Politische und Entwicklungssoziologie, Globalisierung/Transnationalisierung und Soziologie der Weltgesellschaft.

Heinz Gabathuler (geb. 1967) ist Soziologe und Historiker und hat von 2012 bis 2018 an der Universität Zürich in zwei vom Nationalfonds geförderten Projekten zu Arbeitsbeziehungen, insbesondere zu Arbeitnehmervertretungen, gearbeitet. Zuvor war er als Sekretär des Zürcher Gewerkschaftsbundes tätig.

Heinz Gabathuler und Patrick Ziltener

Betriebliche Arbeitnehmervertretungen in der Schweiz — eine „Grenzinstitution“ zwischen Gesetz, Sozialpartnerschaft und Unternehmenskultur

Seit vielen Jahrzehnten sind von der Belegschaft gewählte betriebliche Arbeitnehmervertretungen (ANV) in der Schweizer Privatwirtschaft etablierte Institutionen der Arbeitsbeziehungen. Trotz gesetzlicher Bestimmungen über ihre Errichtung und ihre Kompetenzen (Mitwirkungsgesetz von 1994, weitere Rechtsakte) sind ihre Verbreitung und ihre Bedeutung je nach Branche sehr unterschiedlich. Ihre Kompetenzen sind in vielen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sowie in den betrieblichen Mitwirkungsreglementen ebenfalls sehr unterschiedlich geregelt und gehen häufig über das gesetzliche Minimum hinaus. Wir präsentieren die Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojekts, welches erstmalig diese Institution des schweizerischen Systems der Arbeitsbeziehungen umfassend beleuchtete. Neben den

Ergebnissen einer Analyse der Mitwirkungsbestimmungen in GAV und betrieblichen Reglementen stellen wir auch die Ergebnisse von insgesamt 10 qualitativ ausgerichteten Fallstudien aus drei Branchen vor. Besonderes Augenmerk gilt dabei einerseits der Anwendung des „Krisenartikels“ im GAV der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie im Zuge des „Frankenschocks“ von Januar 2015, andererseits der Frage, in welcher Form das Management von der Existenz von ANV einen Nutzen zieht.

Panel II

Nadja Mosimann, Line Rennwald und Adrian Zimmermann

The radical right, the labour movement, and the competition for the workers' vote

This article analyses the capacity of radical right parties to attract support from union members in recent elections in Western Europe. It is argued that unionized voters resist the appeals of the radical right better than non-union members. Using data from the European Social Survey 2010–2016, the article shows that union members are overall less likely to vote for the radical right than non-union members. Even though it is found that unionized working-class and middle-class voters are less likely to vote radical right than their non-unionized peers in the pooled sample, it is also observed that these subgroups of unionized voters and especially unionized working-class voters are not immune to radical right voting in all the countries analysed. The article thus indicates a growing capacity of the radical right to attract unionized working-class segments of the electorate in some countries and to directly compete with left parties for these voters.

*Line Rennwald ist Politologin und arbeitet an der Universität Genf. Sie forscht zum Thema soziale Klassen und Wahlverhalten und ist die Autorin von *Partis socialistes et classe ouvrière* (Alphil 2015).*

Sarah Schilliger

Organisierung der 'Unorganisierbaren'? Vergleichender Blick auf gewerkschaftliche Mobilisierungsprozesse im Landwirtschafts- und Hauswirtschaftssektor in der Schweiz

In meinem Beitrag beleuchte ich aktuelle Auseinandersetzungen um die Regulierung und gewerkschaftliche Mobilisierung in zwei Niedriglohnsektoren in der Schweiz: Im Bereich der Hauswirtschaft (inkl. Betreuung in Privathaushalten) und der Landwirtschaft. Diese beiden Sektoren haben vielfältige Gemeinsamkeiten: Sowohl der Privathaushalt wie auch die Landwirtschaft sind in der Schweiz nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt, was u.a. mit der historischen Verortung in der familiären Sphäre zusammenhängt (Dienstboten wie auch Knechte/Mägde wurden nicht als eigentliche Angestellte gefasst). Zudem handelt es sich in beiden Sektoren um Tätigkeiten, die einem verstärkten Rationalisierungs- und Vermarktlichungsdruck ausgesetzt sind: Während die landwirtschaftliche Produktion durch die Liberalisierung/Globalisierung der Agrarmärkte und die «Supermarketization» geprägt ist, sind im Privathaushalt Sparmassnahmen bei der öffentlich (mit)finanzierten Pflege und Betreuung eine Realität. Eine Standortverlagerung in

ein Niedriglohnland ist nur beschränkt möglich. Entsprechend ist die Rekrutierung von kostengünstigen Arbeitskräften aus EU-Ländern mit tieferem Lohnniveau verbreitet. Seit der Jahrtausendwende institutionalisierte sich im Zuge der (erweiterten) Personenfreizügigkeit ein spezifisches temporäres Mobilitätsregime in beide Arbeitssektoren (insbesondere Pendelmigration, sog. Kurzaufenthalter-Status). Während im Privathaushalt seit rund 10 Jahren ein transnationaler Markt für Rundumbetreuung durch osteuropäische 24h-Betreuerinnen expandiert, ist die Landwirtschaft schon seit vielen Jahrzehnten geprägt durch migrantische Saisonarbeit (v.a. aus Portugal und Osteuropa). Hinsichtlich der Regulierung sind in beiden Arbeitssektoren heute kantonale Normalarbeitsverträge die Referenz, die jedoch gesetzlich nicht verbindlich sind und nur gelten, wenn keine anderweitigen (schriftlichen) Vereinbarungen zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden getroffen werden. Arbeitgebende können folglich nach Belieben davon abweichen und in ihren Verträgen schlechtere Bedingungen festhalten. Entsprechend sind sowohl in Privathaushalten wie in der Landwirtschaft die Arbeitsverhältnisse stark prekariert und u.a. geprägt von entgrenzten Arbeitszeiten und fehlender Entlohnung von Überstunden. Während in der Landwirtschaft jedoch kaum öffentliche Auseinandersetzungen um die prekären Arbeitsverhältnisse stattfinden und migrantische Arbeitskräfte weitgehend unsichtbar bleiben, ist im Bereich der Care-/Hausarbeit im Privathaushalt in den letzten Jahren eine Politisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen (insbesondere von sog. Care-Migrantinnen) zu beobachten. Zudem ist es gelungen, eine nationale Regulierung auf das politische Parkett zu bringen, und gleich zwei grosse Gewerkschaften (UNIA und vpod) experimentieren unter schwierigen Bedingungen mit neuen Strategien gewerkschaftlicher Organisation. In meinem Beitrag rekonstruiere ich die spezifische gesellschaftliche Konfliktkonstellation in den beiden Arbeitssektoren und frage nach Erklärungen für die unterschiedliche interessenspolitische Mobilisierung. Ich ziehe dabei u.a. Konzepte aus der gewerkschaftlichen Mobilisierungsforschung (insb. Jenaer Machtressourcenansatz), den 'critical citizenship studies' und der Soziologie der Legitimation herbei.

Sarah Schilliger hat 2014 an der Uni Basel mit einer ethnographischen Forschung zu transnationaler Care-Arbeit promoviert. Seither war sie mit einem SNF-Mobility-Stipendium an der Universität Osnabrück und an der York University in Toronto und forschte zu Citizenship-Politiken im Kontext von prekärer Arbeit und transnationaler Migration. 2016/17 war sie Ko-Leiterin des SNIS-Projekts "New Plantations: Migrant Mobility, 'Illegality' and Racialisation in European Agricultural Labour".

Christopher Kelley

Building Power. How Organized Labor is Shaping Industrial Relations in the Changing Swiss Construction Industry

In the Swiss construction industry, industrial relations are embedded in an institutional arrangement of "social partnership". Yet despite these institutionalized relations, tensions have grown and new forms of precarious work are shaping the country's construction sites. Reflecting greater upheavals unfolding throughout the Western world, structural changes born out of a duet of neoliberal offensives and economic uncertainty are not only altering the

labor process, but have created an increasingly fragmented labor force. Embedded in an intense union campaign in 2015, this ethnography explores these changes and asks how the industry's largest trade union is coping with these challenges and how it is seeking to enhance its capacity as a collective agent shaping industrial relations. Empirically, it becomes clear that the union is attempting to revitalize by developing more systematic mobilization strategies, but also by pursuing an emancipatory approach empowering workplace leaders themselves. While the two can go hand in hand, their relationship represents a complex and sometimes contradictory balancing act. Theoretically, it becomes apparent that we are dealing with a multilayered process of labor renewal where collective action is neither pessimistically improbable nor optimistically given. Instead, it must be constructed as a processual dialogue between a changing political economic environment, the historical development of industrial relations and the union's own agency.

Christopher Kelley ist Sozialanthropologe und doktorierte zum Thema Gewerkschaftsbewegung in der Schweizer Bauwirtschaft. Er arbeitet im Zentralsekretariat der Unia als Mitglied der Sektorleitung Bau.

Panel III

Andreas Rieger

Renaissance der Arbeitskämpfe in der Schweiz – Stärken und Probleme

Nach Jahrzehnten des Arbeitsfriedens flammten in der Schweiz in den 1970er Jahren wieder einzelne Streikbewegungen auf. Ab Mitte der 1990er Jahre kann man von einer Renaissance der Arbeitskämpfe reden, allerdings mit einer vergleichsweise kleinen Anzahl „verlorener“ Arbeitstage. Die - zum Teil niedrigschwelligen - Arbeitskämpfe stossen in der Gesellschaft auf ein grosses Echo und entwickeln meist eine grosse Kraft. Auf der Basis der Datenbank der Arbeitskämpfe der Unia können Charakteristiken der Bewegungen analysiert werden.

Allerdings sind die Hürden zu streiken immer noch gross. Dies gilt für Arbeitnehmende wie für Gewerkschaften. In mehreren Branchen und Regionen kam es kaum zu Arbeitskämpfen. Auf der anderen Seite versuchen die Arbeitgeber mit Einschüchterung und mit juristischen und kommunikativen Mitteln „das Gift des Streiks“ wieder zurückzudrängen.

Andreas Rieger war von 2007 - 2012 Co-Präsident der Gewerkschaft Unia. Er ist Autor verschiedener Publikationen, u.a. V. Alleva / A. Rieger, "Streik im 21. Jahrhundert", 2017.

Heiner Dribbusch

Sozialer Friede und Militanz. Aspekte des Arbeitskamps in Deutschland und der Schweiz

Über viele Jahrzehnte befanden sich Deutschland und die Schweiz am unteren Ende der internationalen Streiktabelle. Seit Mitte der 2000er Jahre ist der Abstand zwischen beiden Ländern deutlich größer geworden. Während in Deutschland Streikhäufigkeit und Streikvolumen deutlich größer geworden sind, ist der Wandel des Streikgeschehens in der Schweiz in den nationalen Arbeitskampsziffern kaum sichtbar, sondern erfordert einen genauen Blick auf

einzelne Regionen und Sektoren.

In dem Beitrag wird zunächst die unterschiedliche Geschichte der industriellen Beziehungen in der Schweiz und Deutschland in den Blick genommen. Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept der Sozialpartnerschaft, das in beiden Ländern jedoch deutlich unterschiedliche Ausprägungen gefunden hat. Ein formelles Friedensabkommen wie in der Schweiz hat es in Deutschland nie gegeben und keine der DGB-Gewerkschaften hat den Streik für sich prinzipiell ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund ist erklärlich, dass auch der Wandel hin zu mehr Streiks in Deutschland und der Schweiz deutlich unterschiedliche Ausprägungen erfahren hat. Diese sollen, soweit es die Verfügbarkeit der Daten erlaubt, quantitativ abgebildet werden.

Zugleich soll in dem Beitrag der Frage nachgegangen werden, ob sich auch Gemeinsamkeiten in den Entwicklungen feststellen lassen. So wird zu fragen sein, worauf sich die Zunahme von Arbeitskämpfen zurückführen lässt. Hier kommen Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen, eine größere Konfliktbereitschaft auf Unternehmensseite aber auch eine veränderte Haltung einzelner Gewerkschaften zum Mittel des Arbeitskampfs in den Blick. Dem Charakter des Workshops entsprechend versteht sich der Beitrag als wissenschaftliche Skizze, in der als erstem Schritt das Untersuchungsterrain abgesteckt und sondiert werden soll. Angesichts der Komplexität des Themas werden nicht zu allen Punkten abschließende Erkenntnisse zu erwarten sein, sondern vielfach zunächst nur Hinweise auf weitere Forschungsfragen.

Heiner Dribbusch ist Schreiner, Historiker und Politikwissenschaftler und arbeitet seit 2003 als Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf. Seine Hauptforschungsgebiete sind Industrielle Beziehungen mit den Schwerpunkten Gewerkschaftspolitik sowie Arbeitskampfentwicklung.

Heiner Heiland und Simon Schaupp

Digitale Entsolidarisierung oder neue Arbeitskämpfe?

Eine Ethnographie widerständiger Solidaritätskulturen in der plattformvermittelten Kurierarbeit

Deliveroo und Foodora, die beiden großen Plattformen für Essensauslieferung auf dem Fahrrad, haben sich bislang (noch) nicht auf den Schweizer Markt vorgewagt. Stattdessen konkurrieren hierzulande noch kleinere Plattformen wie notime, smood oder eat.ch um den Markt, der Trend scheint sich jedoch auszuweiten und bietet sich als exemplarischer empirischer Bezugspunkt für eine Untersuchung digitalisierter Dienstleistungsarbeit an. Das liegt vor allem daran, dass er sich als organisationale Avantgarde der Plattformökonomie und der entsprechenden Techniken algorithmischen Organisierens identifizieren lässt. Denn in der plattformvermittelten Kurierarbeit - so unsere These - werden die Organisation neuer Produktionsmodelle und Mechanismen zur Arbeitskontrolle getestet und entwickelt. Unsere Argumentation wendet sich dabei gegen die These, derzufolge Digitalisierung der Arbeit zu einer Schließung aller Kontrolllücken und einer damit einhergehenden Entsolidarisierung der Beschäftigten führt. Stattdessen zeigen wir empirisch neue Formen der Solidarisierung und Organisation der Beschäftigten auf. Aus diesen neuen Formen widerständiger Solidaritätskulturen entstehen Arbeitskämpfe, die oft radikalere und von Beginn an transnationale Ausdrucksformen finden. Diese Argumentation gründen wir auf zwei mehrmonatige ethnographische Studien und 45

qualitativen Interviews mit verschiedenen Akteuren der digitalisierten Delivery-Branche. Dabei argumentieren wird, dass sowohl im organisationale Modell der Plattformen (1) als auch in den technischen Kontrollinstrumenten (2) eine Ambivalenz von Kontrolle und Autonomie zum Ausdruck kommt. Den Arbeitenden werden infolge der Spezifik der Arbeitsorganisation, bei der sie mitunter nicht einmal mehr Mitglieder des Unternehmens sind, sekundäre Machtpotentiale entzogen. Doch diese Organisationsform ist nicht nur eine koordinatorische Herausforderung für die Plattformen, sondern erhöht zugleich das Primärmachtpotential der Arbeitenden. Diese vermögen bspw. bereits mittels gemeinsamen Ausloggens weniger Fahrender ganze Lieferzonen stillzulegen. Die Herausforderung dabei liegt für die Arbeitenden in der Überwindung ihrer, vonseiten der Plattformen forcierten, Vereinzelung.

Mit der ausschließlich digitalen Koordination des Arbeitsprozesses geht eine umfassende Überwachung und Kontrolle über die Arbeitenden und ihre individuelle Leistung einher. Parallel bietet die Digitalität und die mit ihr einhergehende Uniformität der den Arbeitsprozess kontrollierenden Apps den Arbeitenden stadt- und landesübergreifende Koalitionen zu schließen, Vereinzelung zu überwinden und zugleich die digitalen Instrumente auch zur eigenen Organisation zu nutzen. Das Ergebnis des hier skizzierten Prozesses ist noch nicht ausgemacht. Trotz allem zeigt sich unserer Ansicht nach ein ambivalenteres Bild als oft im medialen wie wissenschaftlichen Diskurs dargestellt. Während sich auf der einen Seite unternehmerische Herrschaft wandelt und umfassender wird, ergeben sich auf der anderen Seite neue Freiheitsgrade und Machtressourcen für die Arbeitenden, so dass Arbeit auch in ihrer digitalen Form umkämpft ist und bleibt.

Heiner Heiland forscht an der TU Darmstadt zu Arbeitsbeziehungen in plattformvermittelten Dienstleistungen.

Simon Schaupp ist Assistent am Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse der Universität Basel. In seinem Dissertationsprojekt beschäftigt er sich mit Aneignungspraktiken digitaler Prozesssteuerungstechnologien in der Industriearbeit. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am MCTS der Technischen Universität München.

Panel IV

Jacqueline Kalbermatter und Sebastian Schief

Arbeitsbedingungen von Arbeiter_innen aus dem Asylbereich im Spiegel migrationspolitischer, sozialpolitischer und arbeitsmarktpolitischer Regulierungen

Welche Auswirkungen haben sozialpolitische Regulierungen auf die Rechte und die Arbeitsbedingungen von Arbeiter_innen? Welches Potenzial birgt eine gewerkschaftliche Solidarität, die einen breiteren sozialpolitischen Ansatz verfolgt, für die Stärkung der Rechte und Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Arbeiter_innen? Am Beispiel der Situation von Arbeiter_innen aus dem Asylbereich diskutieren wir diese Fragen. Zu diesem Zwecke wurden Arbeiter_innen aus dem Asylbereich sowie Arbeitgeber_innen mittels Leitfaden interviewt sowie eine teilnehmende Beobachtung im Hotel- und Gaststättengewerbe durchgeführt und anhand einer Thematic Framework Analysis

ausgewertet. Wir zeigen auf, wie sich fehlende soziale Rechte auf die Arbeiterverhältnisse dieser Gruppierung in der Schweiz niederschlagen. Dabei argumentieren wir, dass das Zusammenspiel zwischen migrationspolitischen, sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Regulierungen zu einer Situation im Betrieb führt, in der Arbeiter_innen aus dem Asylbereich mit verschiedenen Formen der Disziplinierung konfrontiert sind. Sie bringen die strategische Bereitschaft auf, Disziplinierungen und Arbeitsbedingungen zu dulden, um ihre aufenthaltsrechtliche Situation und fehlenden sozialen Rechte langfristig überwinden zu können.

Sebastian Schief ist Lehr- und Forschungsrat an der Universität Fribourg im Bereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit. Er arbeitet seit über 20 Jahren in vielen verschiedenen nationalen und internationalen Projekten und hat grosse Erfahrung in qualitativer wie quantitativer Forschung. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Wohlfahrtsstaaten, Sozialpolitik, Organisationssoziologie, Wirtschaftssoziologie, Arbeitsmarkt, Prekarität, Ungleichheit und Qualitative Comparative Analysis. Sebastian Schiefs Fokus liegt dabei in der Analyse von Unterschieden institutioneller Settings und deren Auswirkungen auf Individuen, Haushalte und Organisationen.

Jacqueline Kalbermatter arbeitet als Postdoc im SNF-Projekt «Der Geist des digitalen Kapitalismus. Eine Analyse der normativen Grundlagen unternehmerischen Handelns in der digitalisierten Ökonomie» an der Uni Basel. Sie hat im März 2018 an der Universität Fribourg promoviert. In ihrer Dissertation hat sie die Wechselwirkungen zwischen migrationspolitischen Regulierungen und den Arbeitsverhältnissen von Personen aus dem Asylbereich in gastronomischen Betrieben untersucht. Im Fokus steht die Frage, wie soziale Differenzierungen hinsichtlich des Aufenthaltsstatus und der geografischen Herkunft der Arbeiter_innen in Betrieben ausgehandelt werden (erscheint 2019).

Beat Baumann

Personenfreizügigkeit und Arbeitsmarktregulierung

Die Gewerkschaften in der Schweiz unterstützen die bilateralen Verträge und die Personenfreizügigkeit. Sie sehen darin ökonomische Vorteile und erachten es als sozialen Fortschritt, dass die Zuwanderung mit sozialen Rechten verknüpft ist. Eine Ausweitung des Arbeitsangebots wie im Falle der Personenfreizügigkeit benötigt aber neue Arbeitsmarktregelungen, damit das Lohnniveau nicht sinkt und kein Lohndumping betrieben werden kann. Die Gewerkschaften konnten mit den Flankierenden Massnahmen FLAM solche Regelungen durchsetzen. Nebst einer ausgebauten Lohnkontrolle sehen die FLAM eine Stärkung der GAV durch eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung AVE vor.

In der Präsentation wird untersucht, welche Wirkung die Erleichterung der AVE hat. Da die GAV nur rund die Hälfte der Arbeitnehmenden abdeckt, stellt sich die Frage, wie das Lohnniveau in Branchen ohne GAV geschützt werden kann. Dabei nehmen die Gewerkschaften in ihrer Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn immer wieder Bezug auf die europäische Ebene. Ihre Vertreter in den europäischen Gewerkschaftsdachverbänden setzen sich dabei für einen europäischen Mindestlohn ein. Die Forderung nach einem europäischen Mindestlohn hat die Partei die Linke ganz prominent in ihrem Programm für die Europawahl 2019 aufgenommen. Dies kann aber nicht verdecken,

dass die Gewerkschaften fast ausschliesslich im nationalen Kontext handeln und eine programmatische Leerstelle auf europäischer Ebene besteht. Zum Schluss wird das Konzept einer Europäischen Beschäftigungsvorgabe präsentiert, sie ist ein neuer Weg um Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und für eine tatsächliche Vollbeschäftigung.

Beat Baumann hat Wirtschaftswissenschaften und Arbeitspsychologie in Bern studiert. Nach seiner Assistenzzeit hat er das Büro BASS mitgegründet und war 8 Jahre selbstständig tätig. Von 2000 bis 2013 hat er an der Hochschule Luzern Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bei Studierenden der Sozialen Arbeit gelehrt. Seit 2013 arbeitet Beat Baumann als Ökonom bei der Unia.

Alessandro Pelizzari

„Löhne statt Grenzen schützen“: Zur gewerkschaftlichen Debatte um das neue Migrationsregime

Der spektakuläre Aufstieg der fremdenfeindlichen Rechten in Europa erklärt auch aus ihrer Instrumentalisierung der Migrationsfrage. Prekäre und Erwerbslose gehören zur Stammwählerschaft der neuen extremen Rechten, aber auch Teile der Mittelschichten, deren sozialer Status unter Druck kommt, wenden sich ihr vermehrt zu. Kaum mehr gelingt es linken Kräften, dem Rechtspopulismus eine progressive Narration entgegenzusetzen. Etwas unerwartet schafften dies die Schweizer Gewerkschaften im August 2018: Mit grossem medialem Echo griff der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gleichermassen den Bundesrat und die Europäische Kommission an und weigerte sich, die Zukunft der Personenfreizügigkeit an die Schwächung von Rechten für in- und ausländische Arbeitnehmende zu knüpfen. Damit verschob sich die Debatte von einem nationalen „Grenzschutz“- zu einem sozialen „Lohnschutz“-Narrativ, und die Gewerkschaften nahmen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) einen Sommer lang argumentativ das Heft aus der Hand.

Denn tatsächlich polarisierte die SVP früher als in anderen Ländern in der Schweiz bereits seit den 1990er Jahre in der Europafrage, und insbesondere gegen Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA), das seit 2002 den freien Zugang zum Arbeitsmarkt für Angehörige der EU und deren Niederlassungsfreiheit regelt. Den bislang grössten politischen Erfolg schaffte die SVP am 9. Februar 2014, als eine knappe Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung ihrer „Masseneinwanderungs-Initiative“ (MEI) zustimmte, welche die Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer an den Inländervorrang verknüpft.

Die vom Schweizer Parlament im Dezember 2016 beschlossene Umsetzung der MEI bedeutet für die hiesige Arbeitsmarktregulierung einen paradigmatischen Wechsel, welche die Gewerkschaften in die Defensive drängte. Dieser Beitrag widmet sich ihrer widerspruchsvollen Rolle bei der Herausbildung der „flankierten Personenfreizügigkeit“ und des darauffolgenden neuen Migrationsregimes. Dabei geht es auch um die Frage, ob und wie der sommerliche Befreiungsschlag genutzt wird, um wieder in die migrationspolitische Offensive zu kommen.

Alessandro Pelizzari (1974) ist Doktor in Soziologie. Er promovierte 2008 zum Thema der Prekarisierung auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Seit 2008 ist er Regionalsekretär der Gewerkschaft Unia in Genf.

Solidarität und Skepsis. Flucht und Migration im Spannungsfeld arbeitsweltlicher Umbrüche und politischer Entwurzelung

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – auch und gerade unter Arbeiter_innen – haben zu intensiven Debatten in Gesellschaft, Gewerkschaften und Betrieben geführt. Im Fokus stehen dabei Fragen, warum nicht die politische Linke von den Verschiebungen profitiert; welche Folgen dieser Wandel für die praktische Solidarität im Betrieb hat; ob es einen Zusammenhang zu neuen arbeitsweltlichen Zumutungen oder gesellschaftlichen Abstiegs Erfahrungen gibt.

Der Vortrag stellt mit „engagierten Gewerkschafter*innen“ eine besondere Gruppe in das Zentrum: Als Scharnier zwischen Hauptamtlichen und Mitgliedern sind sie besonders sensibel für drängende Themen und wirken gleichermaßen als Sprachrohr in beide Richtungen. Die engagierten Gewerkschafter*innen wurden nach ihren Deutungen des Flüchtlingsthemas, der Umbrüche in der Arbeitswelt, des neoliberalen Umbaus des Sozialstaats oder auch der Veränderungen in der Parteienlandschaft befragt. Dabei entsteht ein Bild, das geprägt ist von Abstiegsorgen und Deklassierungserfahrungen, von Machtlosigkeit und Druck in der Erwerbsarbeit, von politischem Veränderungswunsch und verlorener Parteienbindung sowie von Sinnsuche in Zeiten weltanschaulicher Entwurzelung. Deutlich wird aber auch die zentrale Rolle der Gewerkschaften in der Benennung und Bearbeitung gesellschaftlicher Antagonismen und Konflikte sowie die praktische Solidarität vieler Beschäftigter mit Flüchtlingen.

Ulrich Brinkmann ist Professor für Arbeits- und Organisationssoziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftssoziologie, Arbeits- und Organisationssoziologie, Gewerkschaftsforschung und Rechtspopulismusforschung.